

Allgemeiner Sozialer Dienst – Teilbereich Unbegleitete Minderjährige Ausländer

Die Zahl Unbegleiteter Minderjähriger Ausländer (UMA), die als Geflüchtete nach Baden-Württemberg kommen, ist auch im Jahr 2024 weiter angestiegen. Waren im September 2023 im Landkreis 78 UMA untergebracht, stieg die Zahl zum September 2023 auf 87 Personen an.

Der im Verhältnis zu den Vorjahren prozentual geringere Anstieg geht vor allem darauf zurück, dass durch Mitteilung des Sozialministeriums vom 4. September 2024 die bis dahin landesweite Verteilung von UMA auf eine bundesweite Verteilung umgestellt wurde, aktuell befristet bis zum 15. Dezember 2024. Diese vorübergehende Entspannung in der Frage der Unterbringung von UMA im

Alb-Donau-Kreis wurde genutzt, um mit der Stiftung St. Konradi, Oberlin e. V., der Jugend- und Erwachsenenhilfe Seitz sowie der Jugendhilfe Biberach für verschiedene Altersgruppen und Bedarfe innerhalb des Alb-Donau-Kreises Gruppenangebote zur Unterbringung zu schaffen. Hierdurch konnten die weiteren Zugänge im Jahr 2024 durch freiwillige Übernahmen besser gesteuert werden.

Die Notfallunterbringung mit sechs Plätzen in Ehingen, die im Jahr 2023 in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) in der Albert-Einstein-Straße eingerichtet wurde, wurde mit Schließung der GU ebenfalls aufgegeben. Auf Grund der Umstrukturierung war das Angebot jedoch auch nicht weiter zwingend



notwendig. Ein wesentliches Ziel für das kommende Jahr ist, die im Landkreis untergebrachten UMA noch effizienter und zielgerichteter in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Durch die Umstrukturierung wurde eine wichtige Grundlage dafür geschaffen.

Menschen mit Behinderung

Fachtag zum Thema „Autismus / Herausforderndes Verhalten“

Ende Oktober 2024 fand der zweite Fachtag „Autismus/Herausforderndes Verhalten“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Ulm und dem Landkreis Biberach statt. Referent Ludo Vande Kerckhove beleuchtete die Herausforderungen bei der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Autismus und der Eingliederungshilfe. Der Fachtag nahm praxisnahe Lösungsstrategien für den Umgang mit herausforderndem Verhalten und die bedarfsgerechte Unterstützung in den Fokus. Zudem wurde die Fortbildungsreihe „ALL Autismus“ zur Erweiterung der Fachkompetenz in der Region ins Leben gerufen.



Fachtag zum Thema „Autismus“

Tiefgreifende Veränderungen durch das Bundesteilhabegesetz

Die Reform des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zielt darauf ab, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte, umfassende und wirksame Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Für die Eingliederungshilfe im Alb-Donau-Kreis bringt dies erhebliche Veränderungen mit sich: Statt der bisherigen pauschalierten Fürsorge steht nun die individuelle Teilhabe im Vordergrund, bei der die Wünsche, Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Um die personenzentrierten Leistungen des SGB IX umzusetzen, musste ein neuer Landesrahmenvertrag zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Leistungserbringern abgeschlossen werden. Aufgrund der Komplexität der Anpassungen wurde die ursprüngliche Frist bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Zum 1. Januar 2024 traten im Alb-Donau-Kreis die neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen in Kraft.



Da nicht alle Fälle bis zur Frist umgestellt werden konnten, wurde ein Verfahrensplan mit den Leistungserbringern vereinbart, um die Umstellung schrittweise vorzunehmen. Abschlagszahlungen überbrücken den Zeitraum bis zur vollständigen Umstellung, die voraussichtlich bis Ende 2024 abgeschlossen sein wird. Einige

vereinzelte Fälle, auf die der Kreis keinen Einfluss hat, könnten sich bis 2025 verzögern.

Trotz der Herausforderungen schreitet der Umstellungsprozess im Alb-Donau-Kreis dank des großen Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut voran.

Schulbegleitung betreut mehr Fälle

Zum September 2024 verzeichnete der Bereich der Schulbegleitung 85 Fälle, 54 Kinder erhalten Eingliederungshilfe im Kindergarten und 77 Kinder werden durch Lerntherapie unterstützt.

Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich ein deutlicher Anstieg. Die Anforderungen im Bereich Schulbegleitung haben sich weiter intensiviert, zunehmend werden

Anträge bereits vor der Einschulung gestellt, auch für Kinder in Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Ein weiterer Trend ist der Anstieg von Anträgen auf vollumfängliche Schulbegleitungen,

insbesondere aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten, die die Teilhabe der Kinder erheblich beeinträchtigen. Dies verdeutlicht den wachsenden Bedarf an umfassender Unterstützung für eine angemessene schulische Entwicklung.

Schulbegleitung und Eingliederungshilfe

Jahr	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	01.09.2024
Schulbegleitung	30 Fälle	43 Fälle	50 Fälle	85 Fälle
Eingliederungshilfe im Kindergarten	22 Fälle	33 Fälle	32 Fälle	54 Fälle
Lerntherapien	39 Fälle	47 Fälle	49 Fälle	77 Fälle

Verfahrenslotsin im Bereich der Eingliederungshilfe

Seit Jahrzehnten wird diskutiert, wie und wo eine Gesamtzuständigkeit für die Eingliederungshilfe für alle jungen Menschen mit (drohender) Behinderung sinnvoll umgesetzt werden kann. Diese Diskussion wurde durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zugunsten einer Gesamtzuständigkeit der Jugendhilfe beendet. Kern des neuen KJSG ist die Integration der Leistungen für junge Menschen mit (drohender) Behinderung in das SGB VIII. Ein entsprechendes Bundesgesetz soll am 1. Januar 2027 in Kraft treten. Die sogenannte „Inklusive Lösung“ markiert eine der größten Veränderungen in der Sozialgesetzgebung der letzten 40 Jahre. Das KJSG sieht ein Drei-Stufen-Modell bei der Umsetzung vor:

- **1. Stufe ab 10. Juni 2021:** Verankerung der inklusiven Ausrichtung im SGB VIII, Schnittstellenbereinigung zur Eingliederungshilfe im SGB IX
- **2. Stufe ab 1. Januar 2024:** Einführung der Verfahrenslotsin/des Verfahrenslotsen
- **3. Stufe ab 1. Januar 2028:** Gesamtzuständigkeit der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für alle jungen Menschen mit oder ohne Behinderungen

Seit dem 1. März 2024 ist Kim Anja Stark als Verfahrenslotsin tätig. Ihre Aufgaben umfassen die Beratung und Unterstützung junger Menschen und deren gesetzlicher Vertreter bei der Beantragung und Nutzung der Eingliederungshilfe sowie die Beratung der Jugendhilfe bei der Umsetzung der inklusiven Lösung, die alle Kinder, Jugendlichen und junge Volljährige mit Behinderung unter das Dach der Jugendhilfe stellt.

Bisher lag der Schwerpunkt auf dem Aufbau von Netzwerkstrukturen und der Beratung. Eine Auftaktveranstaltung und erste Arbeitsgruppen haben den Fokus auf die dritte Stufe, die Umsetzung der inklusiven Lösung, gelegt.

Der im September vorgestellte Referentenentwurf zur notwendigen Gesetzesänderung wird dabei mit Spannung erwartet.



Neues Leistungsangebot für Kinder- und Jugendliche mit einer Autismusdiagnose

Am 1. September 2024 trat die neue Leistungsvereinbarung zwischen dem Alb-Donau-Kreis und dem Autismus Zentrum Schwaben (AZS) in Kraft. Sie ermöglicht heilpädagogische Leistungen für Kinder im Vorschul- und Schulalter mit Autismusdiagnose

oder -verdacht. Die Leistungen richten sich an Kinder mit geistigen, körperlichen oder seelischen Behinderungen sowie an deren Eltern und das soziale Umfeld wie Kindergarten und Schule. Ziel ist es, Entwicklungsverzögerungen zu reduzieren, die Selbstständigkeit

der Kinder zu fördern und herausforderndes Verhalten zu verringern. Auch Bezugspersonen werden durch Coachings unterstützt. Das Angebot zielt darauf ab, die Bildungsteilhabe und soziale Integration der Kinder nachhaltig zu verbessern.